

Unruhen in China

Ethnische Konflikte und ihr sozialer Kontext

Gudrun Wacker

Die gewaltsamen Zusammenstöße, zu denen es am 5. Juli in der chinesischen Nordwestregion Xinjiang kam, erinnern an die Unruhen von Lhasa im März 2008, auch wenn sie nach amtlichen Angaben sehr viel mehr Opfer forderten. Beide Ereignisse deuten auf eine massive Unzufriedenheit in Xinjiang und Tibet, den beiden großen Autonomen Regionen an der westlichen Peripherie Chinas, in denen mehrheitlich nationale Minderheiten leben. Während in der Vergangenheit die Konfliktlinie zwischen Vertretern der Minderheit und den Sicherheitskräften verlief, richtete sich der Ausbruch von Gewalt in diesen beiden Fällen in bisher nicht gekanntem Maße gegen Han-Chinesen. Damit werden Fragen nach der Entwicklungsstrategie der chinesischen Regierung gegenüber diesen Regionen aufgeworfen. Die massiv vorangetriebene Wirtschaftsentwicklung und die Modernisierung Tibets und Xinjiangs sorgen für ein neues Konfliktpotential, das sich mit »traditioneller« Unzufriedenheit über religiöse Einschränkungen und ethnische Diskriminierung mischt und diese teilweise überlagert.

Bei den Zusammenstößen zwischen Uiguren und Han-Chinesen am Abend des 5. Juli gab es in Urumqi, der Hauptstadt Xinjiangs, nach offiziellen Angaben 156 Tote und über 800 Verletzte. Die Zahl der Toten soll dabei auf han-chinesischer Seite deutlich höher gewesen sein als auf uighurischer. Außerdem ist unter den Opfern ein Angehöriger der Hui (ethnisch mit den Han-Chinesen verwandte Muslime). Auch bei den Ausschreitungen in Lhasa 2008 hatte sich die Gewalt insbesondere gegen Han-Chinesen und ihre Geschäfte im Zentrum der tibetischen Hauptstadt gerichtet, doch Hui waren ebenfalls betroffen.

Was die Gewalt in Urumqi eskalieren ließ, wird sich wohl kaum aufklären lassen.

Auf der einen Seite steht die Version der exil-uighurischen Organisationen, die dafür das rücksichtslose Vorgehen von Sicherheitskräften gegen friedliche Demonstranten verantwortlich machen. Dem steht die offizielle Darstellung Chinas gegenüber, dass die Unruhen im Ausland geplant worden seien. Dahinter stecke der *World Uyghur Congress* (der auch Niederlassungen in den USA und Deutschland hat). Die Organisation, an deren Spitze die Exil-Uighurin Rebiya Kadeer steht, wird in den Vereinigten Staaten durch das *National Endowment for Democracy* und damit indirekt von der US-Regierung unterstützt. Später wurde sogar eine Involvierung von al-Qaida behauptet. In Urumqi selbst hätten Uiguren,

aufgestachelt von einer kleinen Gruppe Extremisten, ihrer Wut gegen Han-Chinesen Luft gemacht und Geschäfte, Busse und Autos angegriffen.

Nach den ersten Zusammenstößen kam es zu Selbstbewaffnung und Racheversuchen durch Chinesen. Die Behörden riefen zur Zurückhaltung auf. Gleichzeitig reagierten sie mit Verhaftungen und Ausgangssperren; vor dem anstehenden Freitagsgebet wurden in der Region außerdem die Moscheen geschlossen.

Soziale und ethnische Spannungen, Unruhen und Ausbrüche von Gewalt haben in China in letzter Zeit zugenommen – rund 80 000 »Massenzwischenfälle« werden jährlich im Land verzeichnet. Zusammenstöße zwischen verschiedenen Nationalitäten machen davon jedoch nur einen sehr geringen Teil aus. Ganz überwiegend richten sich die Proteste gegen konkrete lokale Missstände wie Umweltverschmutzung oder Enteignung, gegen Korruption, Amtsmissbrauch oder Inkompetenz von Behörden. Mit dem wachsenden Wohlstand ist auch die Bereitschaft der Bürger gestiegen, für ihre Rechte einzutreten. Eine Rolle spielt aber zweifellos auch die zunehmende soziale Ungleichheit als Folge des Reformprozesses der letzten Jahrzehnte. Zu diesem sozialen Konfliktpotential kommt bei den ethnischen Minderheiten, vor allem Tibetern und Uiguren, noch das Gefühl systematischer Diskriminierung, Repression und Marginalisierung.

Aus Sicht vieler Chinesen hingegen sind die Protestaktionen von Minderheiten, besonders wenn es dabei zu gewalttätigen Übergriffen auf Han kommt, Ausdruck von Undankbarkeit. Von dieser Seite wird geltend gemacht, dass die nicht-chinesischen Bevölkerungsgruppen eine Vorzugsbehandlung erhielten – etwa dadurch, dass für sie die Ein-Kind-Politik nicht gilt. Zudem wird auf den massiven Investitionsstrom verwiesen, den die Zentralregierung in die Minderheitengebiete lenkt. Angesichts der Empörung, die die jüngsten Ereignisse bei der chinesischen Bevölkerung (nicht nur in Xinjiang) ausgelöst haben, steht die Regie-

rung vor einem Dilemma: Einerseits wird von ihr gefordert, den Uiguren gegenüber »hart durchzugreifen«; andererseits riskiert sie mit einem solchen Vorgehen, noch mehr Wut und Verbitterung unter den Minderheiten zu verursachen.

Konfliktdimension 1: Inkompetenz lokaler Behörden

Direkter Anlass der Demonstrationen vom 5. Juli war ein Zwischenfall, der sich etwa zehn Tage zuvor in der südchinesischen Provinz Guangdong zugetragen hatte. In einer Spielzeugfabrik waren bei Auseinandersetzungen zwischen chinesischen und uighurischen Arbeitern nach offiziellen Angaben zwei Uiguren umgekommen. Die Streitigkeiten waren laut Behörden durch einen entlassenen chinesischen Arbeiter ausgelöst worden, der das Gerücht verbreitete, uighurische Arbeiter hätten zwei chinesische Frauen vergewaltigt. In der Folge kam es zu einer regelrechten Jagd auf Uiguren; im Internet tauchte ein Video auf, das zeigte, wie Angehörige der Minderheit mit Knüppeln verfolgt wurden. Die Polizei war offenbar erst nach Stunden vor Ort, um gegen die brutalen Übergriffe einzuschreiten. Angesichts des Videos erschien auch die offizielle Opferzahl kaum glaubwürdig. Außerdem war zunächst lediglich der Urheber des Gerüchts verhaftet worden.

Die Hauptforderung der Demonstranten in Urumqi war ursprünglich die lückenlose Aufklärung der Vorkommnisse in Guangdong. Es ging also um behördliche Inkompetenz und Vertuschung – in China häufig Anlass für Protestaktionen der Bevölkerung. Wenige Wochen vor den Ausschreitungen in Urumqi hatten zwei ähnliche Vorfälle für Schlagzeilen gesorgt. Es ging um den Tod einer Schülerin in Weng'an (Guizhou) und den eines Kochs in Shishou (Hubei). In beiden Fällen zweifelten die Angehörigen an den offiziellen Untersuchungsergebnissen; daraus entwickelten sich Zusammenstöße mit der Polizei, an denen sich mehrere Zehntausend Menschen beteiligten.

Wirtschafts- und Bevölkerungsdaten zu den Autonomen Regionen (AR) Tibet und Xinjiang

| | AR Tibet | | AR Xinjiang | ganz China |
|---------------------|-----------------|--------------------|------------------|-------------|
| Pro-Kopf-Einkommen | 12 000 Yuan | | 17 000 Yuan | 18 000 Yuan |
| Wirtschaftswachstum | + 14 % (2007) | | + 16 % (2007) | + 11,4 % |
| Bevölkerung | 2,8 Mio. (2007) | | 19,6 Mio. (2007) | |
| Tibeter | 2,5 Mio. (94 %) | Uighuren | 8,8 Mio. (45 %) | |
| Han-Chinesen | ca. 6 % | Han-Chinesen | 8 Mio. (41 %) | ca. 91 % |
| | | Kasachen | 1,4 Mio. (7 %) | |
| | | Hui | 980 000 (5 %) | |
| andere | 1,2 % | andere | 2 % | |
| Lhasa: Tibeter | 81,6 % (2007) | Urumqi: Han | 75 % (2000) | |
| Lhasa: Han | 17 % (2007) | Urumqi: Uighuren | 13 % (2000) | |
| Tibeter Restchina | 2,5 Mio. | Uighuren Restchina | ca. 50 000 | |
| Tibeter Ausland | ca. 100 000 | Uighuren Ausland | 500 000 - 1 Mio. | |

**Konfliktdimension 2:
Diskriminierung, Marginalisierung
und Repression**

Insgesamt sind in China 55 ethnische Gruppen als »nationale Minderheiten« anerkannt; doch machen die Han-Chinesen 91 Prozent der Bevölkerung aus (zum Vergleich: in der früheren Sowjetunion bildeten nicht-russische Völker ca. 50 Prozent der Bevölkerung). Viele der Minderheiten – darunter die größten, nämlich Zhuang (16 Millionen) und Mandschuren (10 Millionen) – stellen die Zentralregierung kaum vor Probleme, da sie weitgehend sinisiert bzw. integriert sind. Dagegen kam es in den beiden Regionen Xinjiang und Tibet in der Vergangenheit immer wieder zu Unruhen, in Xinjiang auch zu Bombenanschlägen, etwa auf Busse. In beiden Regionen leben überwiegend Angehörige von Nicht-Han-Völkern. Offiziell sind in Tibet 94 Prozent der Bevölkerung Tibeter. Tatsächlich dürfte der Anteil der Han-Chinesen allerdings höher sein; sie leben hauptsächlich in den wenigen Städten der Region, insbesondere in Lhasa.

Nach den Protesten und Demonstrationen in Tibet vom März 2008 hat erstmals eine Gruppe chinesischer Akademiker eine unabhängige Untersuchung zu den sozialen und wirtschaftlichen Ursachen von Unruhen in Tibet durchgeführt. Die Forscher des »Gongmeng Law Research Center« in

Peking kommen zu dem Ergebnis, dass der Prozess der Modernisierung neue Konflikte schaffe, weil er traditionelle Identität, Lebensweise, Werteordnung und Religiosität massiv unter Druck geraten lasse. Dies habe die Tibeter immer stärker von ihrer Umgebung entfremdet und bei ihnen das Gefühl hervorgerufen, ungerecht behandelt zu werden, ja chancenlos zu sein.

Das zentrale Stichwort der Studie lautet Marginalisierung – sie betrifft nach Ansicht der Autoren insbesondere die Generation der heute 20- bis 30-jährigen Tibeter. Diese ist zwar mit einem höheren Lebensstandard aufgewachsen als die Generation davor, doch die wachsende ökonomische Kluft zwischen den tibetischen Gebieten und dem Rest Chinas sowie zwischen lokalen Eliten und allgemeiner Bevölkerung bekommt sie besonders stark zu spüren. Die Angehörigen dieser Jahrgänge sind weder in den tibetischen Traditionen verwurzelt, noch können sie die neuen Aufstiegschancen nutzen, da es ihnen meist an Qualifikationen und Chinesisch-Kenntnissen fehlt. Es gehört zwar zu den Rechten der Minderheiten, die eigene Sprache zu lernen und zu unterrichten, doch mangelt es an qualifizierten Lehrern, ohne die eine wirkliche Sprachpflege nicht möglich ist. Außerdem konzentrieren sich Modernisierung und wirtschaftliche Entwicklung auf die Städte, in erster Linie Lhasa, während die länd-

lichen Gebiete weiter zurückfallen. Zugleich hat die in Lhasa seit den neunziger Jahren offiziell betriebene Politik einer »Erschließung des Westens« (*xibu da kaifa*) nicht nur Warenwirtschaft und Tourismus etabliert, sondern auch mehr und mehr Han-Chinesen (und Hui) angelockt.

Xinjiang ist in seiner ethnischen Zusammensetzung weit weniger homogen als Tibet, doch weist insbesondere die Situation der muslimischen Bevölkerungsgruppen Parallelen zu Tibet auf. Xinjiang ist vor allem südlich des Tianshan-Gebirges, wo Uighuren noch die Bevölkerungsmehrheit stellen, von Islam und traditioneller Lebensweise geprägt. Urumqi hingegen ist mittlerweile eine moderne Großstadt, in der Han-Chinesen 75 Prozent und Uighuren nur noch 13 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Auch in Xinjiang geht es wesentlich um Fragen von Diskriminierung und Marginalisierung. Stärker als in Tibet findet hier ein Zuzug von Chinesen statt, denn Xinjiang bietet außer Landwirtschaft auch Öl- und Gasvorkommen. Beim Bau von Verkehrsinfrastruktur und Pipelines in der Region sind vor allem chinesische Arbeitskräfte im Einsatz. Bei dieser Bevorzugung von Han spielen nicht nur Sprache und Qualifikation, sondern auch ethnische Stereotypen eine Rolle. Der bloße Blick auf Wachstumsraten und Pro-Kopf-Einkommen in Tibet und Xinjiang reicht daher nicht aus – es ist vielmehr nach Nutznießern und Verteilung zu fragen.

Aussichten

Die chinesische Regierung sieht Unruhen unter Tibetern und Uighuren als von außen gesteuert und rückt sie zudem in die Nähe des Terrorismus (die »drei Übel« Terrorismus, Separatismus und Extremismus werden stets in einem Atemzug genannt). Bei der politischen Führung Tibets und Xinjiangs mag hinter dieser Argumentation das Bedürfnis stehen, die eigene Politik nicht als gescheitert erscheinen zu lassen. Indem die offiziellen Stellen sämtliche Proteste als separatistisch einstufen, politi-

sieren sie diese, desavouieren aber zugleich die darin artikulierten legitimen Anliegen und die Empörung über Missstände. In der westlichen Berichterstattung wiederum werden die Proteste meist als Reaktion auf Repressionen und als Ausdruck der Forderung nach Selbstbestimmung bzw. Autonomie gedeutet. Auch dies stützt eine »politisierte« Interpretation. Beide Erklärungsmuster verleiten zu einer Schwarz-Weiß-Betrachtung; sie verstellen den Blick auf den größeren Kontext und die Ursachen der Konflikte, damit aber auch auf mögliche Lösungswege.

Die bisherige Doppelstrategie der chinesischen Führung in Tibet und Xinjiang bestand darin, gegen (etwa religiöse) Aktivitäten jenseits des offiziell Erlaubten »hart durchzugreifen« und gleichzeitig die Wirtschaftsentwicklung zu forcieren. Dabei hat der ökonomische Faktor nicht zu Stabilität und Zufriedenheit bei den Minderheiten geführt, sondern das Unruhepotential weiter verschärft – zum einen, weil dadurch immer mehr Han-Chinesen in die Autonomen Regionen gelockt werden, was den Druck auf Lebensweise, Kultur und Religion der endogenen Bevölkerung vergrößert; zum anderen, weil die Minderheiten nicht im selben Maße an den ökonomischen Chancen partizipieren. Und soweit es Angehörigen der Minderheiten doch gelingt, bildungsmäßig und wirtschaftlich in die Elite aufzusteigen, hat dies nicht zwangsläufig eine soziale Befriedung zur Folge. Es kann die Forderung nach mehr Rechten und größerem Bewegungsspielraum ebenso verstärken.

Die Suche nach Lösungsansätzen verspricht nur dann Erfolg, wenn Auslöser und Ursachen der Konflikte einigermaßen klar sind. Der oben zitierte Untersuchungsbericht zu Tibet ist ein Schritt in diese Richtung, aber er bedeutet noch kein Umdenken in der chinesischen Führung.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2009
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorin wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364